



Thüringer Landtag  
Fraktion DIE LINKE  
Frau Susanne Hennig-Wellsow  
Fraktionsvorsitzende  
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Berlin, 16. April 2018

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,  
sehr geehrte Frau Hennig-Wellsow,

angesichts des Antrags „Antisemitismus in Thüringen konsequent bekämpfen“ und im Zuge wiederkehrender Verunglimpfungen und Dämonisierung von Palästina-Solidaritätsgruppen möchte ich einige Überlegungen anführen. Sie sind für das Verständnis beim Umgang mit dieser Thematik von zentraler Bedeutung und ich hoffe, Unsicherheiten damit ausräumen zu können.

Zunächst einmal begrüße ich jedes Engagement gegen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus. Doch bin ich schockiert, wie Antisemitismus inzwischen in Deutschland instrumentalisiert wird, um kritische Stimmen der israelischen Besatzungspolitik mundtot zu machen.

Seit mehr als 50 Jahren besteht die israelische Besatzung. Seit mehr als einem halben Jahrhundert schaffen israelische Regierungen unter den Augen der Internationalen Gemeinschaft unilateral Fakten, die eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung und damit einen Frieden in Nahost immer unwahrscheinlicher werden lassen. Während ich Ihnen schreibe, gehen die israelischen Besatzungstruppen seit dem Tag des Bodens am 30. März gegen friedlich demonstrierende Palästinenser mit aggressiver Gewalt im Gaza-Streifen vor – bisher starben 29 und mehr als 3.000 Palästinenser wurden verletzt. In der Westbank treibt Israel seine Siedlungsexpansion unverändert voran.

Es ist die völkerrechtswidrige Besatzungs-, Siedlungs- und Annexionspolitik der israelischen Regierungen, die gesellschaftliches Engagement, wie das von BDS herausfordert. Die BDS-Kampagne gehört zu den zahllosen Organisationen, Gesellschaften und Gruppierungen der palästinensischen Zivilgesellschaft, die einen wirksamen und verantwortungsvollen Umgang der Eskalation den israelischen Verletzungen, insb. den Siedlungsaktivitäten, den Landannexionen, dem Abriss palästinensischer Häuser, der militärischen Blockade des Gaza-Streifens sowie der Annexion und Isolierung Jerusalems entgegensetzen.

Sie stellt eine aktive Methode der Gewaltlosigkeit dar, wenn es darum geht, den Ausnahme- und Berechtigungsanspruch Israels aufzuheben und die Konsequenzen seiner fortgesetzten Besatzung Palästinas, einschließlich der moralischen, wirtschaftlichen und politischen Kosten nach Hause zurückzuführen. BDS ist temporär angelegt und bis zu dem Zeitpunkt aktiv, indem der Staat Israel völkerrechtlichen Verpflichtungen entspricht. Eine solche Solidaritätsbewegung befähigt Palästinenser als auch ihre Anhänger den Unterdrückungsmaßnahmen der israelischen Besatzung standzuhalten und in einer gewaltlosen und legitimen Art und Weise Widerstand zu leisten.

